

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/103

30. Mai 1973

Anschlussbedürftige Opposition

Doch die CDU/CSU macht sich selbst unglaubwürdig

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/
Familie/Gesundheit und Mitglied des SPD-
Präsidiums

Seite 1 / 29 Zeilen

Die CSU im Abseits

Verfassungsklage - rechtlich falsch, politisch
sinnlos

Von Dr. Hubert Weber MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsrechtsausschusses

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

"Lawinenmarsch" nach Bonn

Zum Aufruf des Aktionskomitees "Achtet den
Menschen"

Von Helmuth Becker MdB

Mitglied des Bundestagsinnerausschusses

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt - Staatsmann der Realität und
Weitsicht (II)

Von Ing. Gustav Vlahov

Vizepräsident der jugoslawischen Bundes-
versammlung

Seite 6 und 7 / 91 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Prozesshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 885 848 / 885 847/
885 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 88 11

Anschlußbedürftige Opposition

Doch die CDU/CSU macht sich selbst unglaubwürdig

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und
Gesundheit und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die CDU/CSU hat ihre Übung, auf Gesetzentwürfe der Bundesregierung durch Anträge - in der Regel auf Einsetzung einer Kommission - zu reagieren, fortgesetzt. Soeben liegt ein Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung eines Jugendstrafvollzugsgesetzes vor. Das grundsätzlich Positive an der Einsetzung von Kommissionen, deren Arbeitsergebnisse zur Vorbereitung gesetzgeberischer Initiativen unerlässlich sind, soll hier ausdrücklich begrüßt werden; handelt es sich doch häufig um so komplizierte Regelungsmaterien, die sich ohne Tatsachen- und sonstige Grundlagenforschung gesetzlicher Regelung überhaupt entziehen.

Nur wenn sich die parlamentarische Arbeit der Opposition darauf beschränkt, auf Gesetzentwürfe der Bundesregierung oder der Koalitionsfraktionen, die ja das vorläufig letzte Glied einer Kette von umfangreichen Forschungsarbeiten darstellen, mit Anträgen auf Einsetzung einer Kommission zu reagieren, so verdient das Vorgehen Kritik und die CDU/CSU wird unglaubwürdig. Es soll, wenn auch mit dem Ausdruck des Bedauerns, hingenommen werden, daß die Opposition ihr Recht und ihre Pflicht Gesetzesinitiativen anzubieten, in viel zu geringem Maße übt. Nicht unwidersprochen bleiben kann jedoch der Versuch, auf den vor einigen Wochen vorgelegten Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes der Bundesregierung und auf das umfangreiche Gesetzeswerk eines Strafvollzugsreformgesetzes mit dem Antrag auf Einsetzung einer Kommission zu reagieren, deren konkretes Forschungsziel noch nicht einmal formuliert wird.

So erfreulich für die Koalition auch dieses Anschlußbedürfnis der Opposition sein mag, so wenig kann hierin eine ausreichende oppositionelle Arbeit gesehen werden. (-/30.5.1973/bgy/ex)

+ + +

Die CSU im Abseits

Verfassungsklage - rechtlich falsch, politisch sinnlos

Von Dr. Hubert Weber MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsrechtsausschusses

Die Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes durch die CSU beweist:

Die Beschwörung des "Bayernkurier", Bayern sei bereit, notfalls auch allein für Deutschland zu handeln, ist eingetreten. Die von der CDU regierten Länder haben den Grundlagenvertrag passieren lassen, die CSU und die bayerische Landesregierung stehen allein im Abseits. Zu der Gruppe der Nationalen und Berufsflüchtlingen, die die Verträge von Moskau und Warschau bereits vor das Bundesverfassungsgericht gebracht hatten, gesellt sich nun eine dem demokratischen Parlamentarismus verschriebene Partei.

Der Schritt Bayerns ist rechtlich falsch, politisch sinnlos und demokratisch bedenklich. Zu Recht hat das Bundesverfassungsgericht spätestens seit dem KPD-Urteil seine Grenzen - nicht in falscher Bescheidenheit, sondern in richtiger Auslegung der demokratisch-parlamentarischen Verantwortlichkeit des vom deutschen Volk gewählten Bundestages - dahin umschrieben, daß der Bundestag und die Bundesregierung zu entscheiden haben, welche Wege sie zur Herbeiführung einer Wiedervereinigung politisch für zweckmäßig erachten.

Dem Verfassungsgericht kommt keine politische Richtlinienkompetenz zu, das Verfassungsgericht hat über die Beachtung der Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen, aber nicht über politische Realitäten dieses Landes zu anderen Ländern und die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit des eingeschlagenen Weges zu deren Verwirklichung zu entscheiden.

Der noch amtierende CDU-Vorsitzende hat am 12. Mai 1973 vor dem Bundesvorstand der CDU erklärt:

"Nach Verabschiedung des Grundvertrages gegen uns müssen wir den Anschluß an die Weltpolitik finden... Wir können uns das mit dem Blick auf die Konferenzen in Wien und Helsinki und angesichts

der Tatsache, daß unsere ausländischen Freunde und Partner mehr mit uns zusammenzuarbeiten und zuzuhören bereit sind, auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland einfach nicht leisten."

Hieran ist richtig: Die CDU hat erkannt, daß politische Tatsachen geschaffen worden sind in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Die wackeren Männer der CSU wollen diese Entwicklung aufhalten. Sie vergessen, daß der Grundlagenvertrag zwar ein deutsches, aber nicht ein isoliert deutsches Problem ist. Er ist eingebettet in weltweite Zusammenhänge, er beeinflusst das Handeln im Westen und im Osten. Er ist Bestandteil der Weltpolitik. Hieran messen sich gleichzeitig die Grenzen des Bundesverfassungsgerichts.

Der Versuch der CSU, die Entscheidung vom Parlament auf das Bundesverfassungsgericht zu verlagern, ist auch rechtsstaatlich bedenklich. Das Bundesverfassungsgericht ist kein Supra-Parlament, das die Aufgaben des Parlaments in allen seinen Auswirkungen kontrollieren oder statt seiner sogar tätig werden kann. So hat sich das Bundesverfassungsgericht selbst nie verstanden. Das Bemühen um Wiedervereinigung ist kein normenmäßig kontrollierbarer Vorgang, er ist nicht justiziabel. Dieses Bemühen ist auch nicht fixierbar, sondern flexibel.

Wer Einheit nur als nationale Einheit sieht, verkennt sowie-so den grundgesetzlichen Auftrag, die Interessen unseres Landes und des anderen Teils Deutschlands zu dienen, weil er nämlich dadurch, daß er menschliche Erleichterungen ablehnt, weil er eine nationale Einheit dadurch versperrt sieht, gleichzeitig auch den Weg zu menschlichen Erleichterungen versperrt.

(-/30.5.1973/bgy/ex)

+ + +

"Lawinenmarsch" nach Bonn

Zum Aufruf des Aktionskomitees "Achtet den Menschen"

Von Helmut Becker MdB

Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Ein Aktionskomitee "Achtet den Menschen" hat in Münster zu einem Lawinenmarsch nach Bonn vom 29. Mai bis 3. Juni 1973 eingeladen. Der Lawinenmarsch soll in Münster am 29. Mai 1973 beginnen und über Bielefeld (30. Mai), Recklinghausen (31. Mai), Essen (1. Juni), Düsseldorf (2. Juni), Köln (3. Juni) an diesem Tage auch in Bonn enden. Hier sollen die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag sowie der Herr Bundespräsident gebeten werden, die Möglichkeit zu einem Gespräch zu geben. Auf dem Marsch soll nicht geraucht, kein Alkohol getrunken und kein Geld mitgeführt werden. Die Bevölkerung der Orte, die durchzogen werden, soll einfache Nahrungsmittel zur Verfügung stellen und Übernachtungsmöglichkeiten in Turnhallen oder Kirchen ermöglichen.

Das Aktionskomitee "Achtet den Menschen" fragt:

- Wie kann es möglich sein, daß zigtausende ungeborener Kinder abgetrieben werden, ohne daß sich starke Gruppen mit den Hilflosen solidarisieren.

- Wie kann es sein, daß in unserem Land auf Kinder so wenig Rücksicht genommen wird (z.B. Spielplätze, familiengerechte Wohnungen, Urlaubsmöglichkeiten für Familien).

- Wie kann sich ein Volk damit abfinden, daß viele Millionen täglich einer Arbeit nachgehen müssen, bei der sie kaum Möglichkeiten haben, sich selbst zu entfalten und mitzubestimmen.

- Wie kann eine Gesellschaft so leichtfertig tausende von Verkehrstoten hinnehmen.

Die Veranstalter wollen nicht klagen, nicht protestieren,

nicht verurteilen, sondern aufrufen: "Achtet den Menschen".

Betrachtet man die Fragestellung, so antwortet unser Grundgesetz in Artikel 1 u.a. "Die Würde des Menschen ist unantastbar" und in Artikel 2 "Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit" ... und z.B. in Artikel 4 "Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft. Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen, wie den ehelichen Kindern".

Der Auftrag des Grundgesetzes ist in weiten Bereichen noch nicht erfüllt. Die Sozialdemokraten bemühen sich aus den Festlegungen im Godesberger Programm, ergänzt durch Parteitagebeschlüsse, wesentliche Reformen durchzusetzen, um mehr und mehr den Auftrag des Grundgesetzes zu erfüllen.

- Um die Abtreibung zu verhindern bzw. die Zahl der Abtreibungen zu senken sind eine Reihe von Gesetzentwürfen auf dem Gebiet der Sozialpolitik im Parlament eingebracht oder werden vorbereitet. Daneben soll der § 218 StGB reformiert werden.

- Für Familien und Kinder laufen umfangreiche Programme auf Bundes- und Länderebene, um eine gerechtere Kindergeldregelung zu schaffen, mehr familiengerechte Wohnungen zu erstellen, mehr und bessere Kindergärten und Kinderspielplätze zu schaffen.

- Die Mitbestimmungsdiskussion ist in vollem Gange, das Betriebsverfassungsgesetz ist und das Personalvertretungsgesetz wird entscheidend verbessert.

Achtet den Menschen !

Das Ziel der Veranstalter - wie es proklamiert wird - deckt sich in weiten Bereichen mit sozialdemokratischen Vorstellungen. Über das Ergebnis und die Wege mag man geteilter Meinung sein, in der Grundvorstellung kann man auf gleiches Wollen schließen.

So gesehen, könnte der Lawinenmarsch nach Bonn alle Menschen die guten Willens sind vereinen in dem Ziel: "Achtet den Menschen!"

- 30.5.1973 ks ex!

Die aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt - Staatsmann der Realität und Weitsicht (II)

Von Ing. Gustav Vlahov

Vizepräsident der Bundesversammlung

Diese Würdigung des Bundeskanzlers Willy Brandt aus der Feder des Vizepräsidenten der jugoslawischen Nationalversammlung, Ing. Gustav Vlahov, erschien in der April-Ausgabe der renommierten Belgrader Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, "Internationale Politik".

Die Bundesrepublik Deutschland wurde sehr bald vom Westen aufgenommen, wobei auch der "Kalte Krieg" bedeutend dazu beigetragen hat, doch "mußte" sie in ihrem Auftreten auf vieles Rücksicht nehmen, weshalb sie nicht immer so handeln konnte, wie sie es vielleicht gewünscht hätte. Unter dem Einfluß dieser Verhältnisse wurden die gemeinsamen Interessen als vorrangig angesehen und die "persönlichen" oder "nationalen" Interessen, die oft zu den bekannten Katastrophen geführt haben, in den Hintergrund gedrängt. "Die Existenz des Volkes selbst war in Frage gestellt" - hat Brandt gesagt. "Wer sich daran erinnert, was gestern gewesen ist, erkennt auch, was heute ist, und vermag zu überschauen, was morgen sein kann"; und er fügte hinzu: "Dennoch ist niemand frei von der Geschichte, die er geerbt hat".

Brandt kehrt oft zu diesen Gedanken zurück - daß die Lektion der Vergangenheit nicht vergessen werden darf, daß aber das Wesentliche ist, den Blick in die Zukunft zu richten, die auf uns zukommt.

Brandt ist von dem Gedanken eingenommen, daß der Frieden Grundlage und Bedingung für die weitere Entwicklung Deutschlands ist, zutiefst der ungeheueren Hypothek bewußt, die die Vergangenheit hinterlassen hat. Unbeirrt, wenn es um die Frage der Verantwortung für den Krieg geht - "der Frieden kann nicht gewonnen werden, ohne daß Europa geschaffen und die Rechnung für Hitlers Krieg beglichen würde". "Das Interesse Deutschlands heißt Frieden wie nie in unserer Geschichte zuvor, denn Krieg wäre das Ende". Dem Leser drängt sich unweigerlich der Eindruck einer großen und positiven Wandlung auf, die nicht nur der Mensch, nicht nur ein Volk, sondern, wir wollen es aufrichtig glauben, auch eine ganze Epoche der menschlichen Entwicklung durchgemacht hat. Das, was beinahe ein Synonym für Machtmißbrauch und Herrschaftsgier gewesen ist - "Deutschland über alles" oder "Der Wille zur Macht", wird, so wollen wir hoffen, für immer auf den Seiten der geschriebenen Geschichte bleiben. In Brandt haben diese Schlagworte ihre Antithese erhalten: "Frieden über alles" und "Der Wille zum Frieden".

Die Wandlung liegt nicht allein in der Denk- und Betrachtungsweise, sie ist zum Grundstein der Politik geworden, die beharrlich und konsequent verwirklicht wird und die schon zu greifbaren

Ergebnissen geführt hat.

Brandt erklärt dies mit folgenden Worten: "Ob es uns gefällt oder nicht, wir müssen erkennen, daß wir auch 23 Jahre nach Kriegsende an den objektiven und subjektiven Folgen des Hitlerismus noch schwer zu tragen haben. Wer das nicht erkennt, kann keine gute deutsche Politik machen". Und er fügt hinzu: "Neonazismus ist Verrot an Land und Volk."

Die Beziehungen zur Sowjetunion und zu Polen wurden geregelt, die Berlin-Abkommen sind in Kraft getreten, mit der DDR wurde ein Grundvertrag erreicht, mit der Tschechoslowakei werden Verhandlungen geführt. Eine Frage nach der anderen wird von der Tagesordnung gestrichen, ein Problem nach dem anderen wird allmählich gelöst. Sie werden auf Grund des gesunden Menschenverstandes gelöst, im heilsichtigen staatsmännischen Erkennen der Wirklichkeit, im Verantwortungsbewußtsein vor seinem Volk und vor der breiten europäischen und der Weltgemeinschaft. Eine in diese Richtung orientierte Politik hatte, auch wenn es sich um andere Länder und Politiker handelt, eine katalytische Rolle und hat wesentlich zur Stabilisierung und Beschleunigung von Prozessen des Nachlassens von Spannungen und zur Sicherung des Friedens beigetragen, den alle Völker der Welt so nötig haben, denn "nur der Friede macht unsere Welt sicher".

Viel Raum und Tätigkeit in Brandts Gedanken und Werken ist der europäischen Politik gewidmet, insbesondere der Politik gegenüber der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern. Nach Brandt bestand Adenauers Mission darin, in einer so schweren Zeit Beziehungen des Vertrauens und der Zusammenarbeit mit dem Westen herzustellen. Die gleiche Bedeutung mißt Brandt seiner Mission zur Herstellung von Vertrauen und Zusammenarbeit mit dem Osten. Im Gegensatz zu Adenauers Zeiten, als sich der Zusammenschluß des Westens in großer Masse auf den Prämissen des Kalten Kriegs vollzog, erfüllt Willy Brandt eine geschichtliche Aufgabe mit seiner "Ostpolitik", die auf den Prämissen eines Nachlassens der Spannungen und der Stärkung des Friedens verläuft. In der deutschen Geschichte ist es, unter anderen Gelegenheiten, schon Anzeichen einer realistischen Politik gegenüber dem Osten gegeben (Bismarck 1871 oder Raynolds 1922), aber Angaben sind in der Regel undenkbar und können in diesen Fällen nicht gefunden werden. Brandt ist ein Staatsmann, der Realismus und Vision in sich vereint. Er scheut nicht, Bismarck zu zitieren und bemerkt, daß ein Chef der deutschen Sozialdemokratie nicht oft in die Lage kommt, sich auf den "eisernen Kanzler" zu berufen; er macht es dann, wenn er in dessen Worten eine Bestätigung für die Auffassung finden kann, daß man sich in der Politik von Fakten, bestehenden Gegebenheiten und nicht von Vorurteilen leiten lassen soll. Wann er sich auf Bebel, Rathenau, Stresemann oder auf Myrdal beruft, dann ist er in seinem Milieu der Ideen: der Mann der Kontinuität, aber auch der Mann der Veränderungen des Bestehenden im Einklang mit den Forderungen der Zeit, der Zukunft.

(-/30.5.1973/ks/ex)

(Fortsetzung und Schluß folgt am 1. Juni 1973)